Presseerklärung

Politischer Mord in El Salvador nach 17 Monaten noch nicht aufgeklärt.

Deutsche Initiativen fordern Schutz für Angehörige.

Frankfurt, 19.11.2007

16 deutsche Solidaritäts- und Partnerschaftsgruppen sowie Menschenrechtsorganisationen, die sich bei ihrem Jahrestreffen am Wochenende in Frankfurt am Main mit der aktuellen politischen Situation in El Salvador beschäftigten, fordern die lückenlose Aufklärung der Ermordung von Juana Monjarás de Manzanares (76) und Francisco Antonio Manzanares (79) am 02. Juli 2006 in Suchitoto. Beide wurden offensichtlich gefoltert und grausam getötet. Bei der anschließenden polizeilichen Untersuchung wurden die Spuren verwischt, bis heute wurden die Verantwortlichen nicht ermittelt. Amnesty International hat mehrfach darauf hingewiesen, dass die Art und Weise des Vorgehens auf eine Tat durch Todesschwadronen hinweist, die bereits in den 80er und frühen 90er Jahren unter der Mitwirkung von Sicherheitskräften Oppositionelle ermordeten. Bereits 1996 war ein Sohn der Familie unter bis heute ebenfalls nicht vollständig geklärten Umständen ermordet worden.

Die Tochter des Ehepaars, Marina Manzanares, die mit einem Deutschen verheiratet ist, berichtete von den Todesdrohungen, die sie und ihre Eltern vor der Tat erhalten hatten. Auch danach gingen die Drohungen gegen ihre Person weiter. Die Staatsanwaltschaft in San Salvador, bei der sie Gerechtigkeit und Schutz einforderte, versucht sie mit obskuren Hinweisen auf Ermittlungen im Kreise der eigenen Familie einzuschüchtern und zum Schweigen zu bringen. Aus Angst um ihr Leben musste sie El Salvador kürzlich verlassen.

Die deutschen Organisationen weisen mit Nachdruck die Beschuldigungen von Seiten der Staatsanwaltschaft gegenüber Frau Manzanares zurück, die in einem Artikel in der Zeitung Diario de Hoy am 4. November 2007 geäußert und in denen sie selbst zur Täterin erklärt wurde. Diese Beschuldigungen bedrohen sie in ihrer physischen und psychischen Integrität. Das Bundestreffen deutscher Gruppen und Organisationen fordert deshalb die Bundesregierung auf, sich bei der salvadorianischen Regierung für Garantien für den Schutz von Marina Manzanares einzusetzen. Außerdem fordert das Bundestreffen von der Regierung der Republik El Salvador, den Mord an dem Ehepaar Manzanares lückenlos und unabhängig aufzuklären, die Ergebnisse zu veröffentlichen und die Verantwortlichen vor Gericht zu stellen.

TeilnehmerInnen am Bundestreffen:

Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit / München; Partnerschaftsgruppe Dithmarschen / Sandino-Verein, Nicaragua Forum Heidelberg / AK Eine Welt Witzenhausen / Kaffeekampagne Frankfurt / M /El Salvador Initiative Tholey / Mittelamerika Initiative Leipzig /Liberación Karlsruhe e.V. / Jour Fix El Salvador / Lateinamerika Nachrichten / INKOTA-netzwerk /Mission eine Welt Nürnberg /Infostelle El Salvador /Amnesty international Waiblingen /Amnesty international Hamburg.

Nach oben

Zurück

Pariser Str. 13 • D - 81667 München
info@oeku-buero.de
fon: +49 89 448 59 45

Bankverbindung: Stadtsparkasse München
IBAN: DE 65 7015 0000 0056 1762 58
BIC: SSKMDEMM

www.oeku-buero.de